

Julian Nida-Rümelin

„Wir haben in den Abgrund geschaut“ soll Peer Steinbrück dieser Tage gesagt haben. Die Fortsetzung der Krise, nun in Gestalt nicht beglichener Kreditkartenrechnungen in den USA und demnächst wohl auch des Derivaten-Marktes zeigen, dass wir nach wie vor in den Abgrund schauen. Allzu viele hoffen, dass man rasch wieder zum Status quo ante zurückkehrt, dass der Spuk schnell vorbei sein wird, dass man jetzt für einige Monate den Staat braucht und ihn dann wieder verabschiedet. Deswegen sei deutlich gesagt: Wir schauen alle miteinander, die wir von einer gedeihlichen Entwicklung der globalen Wirtschaft abhängig sind, in einen Abgrund, den wir aus der Vergangenheit kennen. Die jetzige Krise ist in ihrer Dimension nur vergleichbar mit der der Weltwirtschaft im Jahre 1929.

Die Frage der Manager-Gehälter ist in diesem Zusammenhang nur ein Nebenpunkt. Es geht jedoch nicht, jedenfalls nicht primär, um eine moralische Frage. Es darf auch nicht um eine Beschwichtigung der Steuerzahler gehen. Der „Wert“ eines Managers hat sich in hohem Maße an den Abschlüssen, die eine Bank tätigt, an der Gewinnentwicklung und am Aktienkurs des Unternehmens orientiert. Die Quartalsberichte wurden zu einem wesentlichen Kriterium des Erfolges und über Boni-Zahlungen auch der Honorare. Der angestrebten 25 Prozent Gewinn auf Eigenkapital, konnte dabei nur durch äußerst riskante und sozial rücksichtslose globale Finanzgeschäfte realisiert werden.

Wie viel Wert diejenigen waren, die besonders in der angloamerikanischen Finanzwirtschaft exorbitante Vergütungen erreichten, zeigt sich jetzt. Durch diese „Erfolgsstrategien“ geriet die gesamte Weltwirtschaft an den Rand des Abgrundes. Die „Werte“, die hier im Finanzsektor vermeintlich geschaffen wurden, haben sich zu einem großen Teil als virtuelle herausgestellt. Was gegenwärtig stattfindet, ist nüchtern gesprochen eine Wertberichtigung. Die virtuelle Welt von Finanzwerten, die auf wechselseitigen Erwartungen und Unkenntnis der tatsächlichen Risiken und Bonitäten beruhte, wird nun der Realität angepasst. Die Finanzmanager waren also ihre Honorare gemessen an realen, nicht an virtuellen Werten, nicht wert.

In Zahlen: Das durchschnittliche Einkommen der zwanzig höchstbezahlten Finanzmanager in den USA belief sich 2006 auf 650 Millionen Dollar und stieg im Jahre 2007, also im Jahr vor der Krise, auf fast eine Milliarde US-Dollar an, wohlgerneht pro Kopf. Darauf hat kürzlich der Präsident des Bundes der Deutschen Industrie hingewiesen und es ehrt ihn, dass er allein

erschienen unter dem Titel „Der Markt braucht Regeln“ in: Süddeutsche Zeitung, 22.10.2008.

diese Zahlen, mit und ohne Versagen der Finanzbranche, für kritikwürdig hält. Es gibt Kulturen, in denen die Anständigkeit des ehrbaren Kaufmanns, der weiß, dass seine Erfolge nicht nur von ihm alleine abhängen, solche Exzesse verhindert. Dies gilt interessanterweise weltweit am deutlichsten für Japan. Aber das Grundproblem ist so nicht begriffen. Es besteht darin, dass ein Verhalten auf einem bestimmten Sektor der Ökonomie belohnt wird, das die realen Kosten systematisch verschleiert, etwa dadurch, dass die Risiken nicht mehr abschätzbar sind und die vertraglichen Bindungen an die jeweiligen Kreditnehmer durch komplexe Instrumente aufgelöst wurden. Diese Anreize sind institutioneller Natur. Sie sind durch Verträge und durch Entscheidungen der Aufsichtsräte so etabliert. Es handelt sich insofern zwar auch um eine Frage des moralischen Anstandes, aber vor allem um eine Frage der Wirtschaftsverfassung, der Regeln, nach denen agiert wird.

Der zentrale Denkfehler, der einen Gutteil der ökonomischen Expertise bis heute prägt, ist der, dass Regeln auf dem Markt sich selbst etablieren. Die Freiburger Schule, der Ordo-Liberalismus, auch der bedeutende amerikanische Ökonom James Buchanan, die Institutionen-Ökonomik, die in Deutschland etwa durch Karl Homann vertreten wird, die Theorie struktureller Rationalität, wie ich sie vorgelegt habe, halten das für einen Irrtum. Der Markt ist durch Regeln konstituiert, er schafft keine Regeln. Die globale Ökonomie kann sich gedeihlich nur entwickeln, wenn ihre Regeln politisch verantwortet sind und Bindekraft haben. Hier liegt die eigentliche Aufgabe. Es darf keine Rückkehr zum Status quo ante geben.

Eine stärker vernetzte globale Realwirtschaft beinhaltet große Chancen. Aber diese stärkere Vernetzung bedarf der Regeln. Wenn sich die historischen Erfahrungen aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, während des Frühkapitalismus mit seinen gewaltigen Migrantenströmen, seiner sozialen Entwurzelung, der Verelendung, aber auch der Reichtumsakkumulation nicht im globalen Maßstab wiederholen soll, dann ist jetzt das zu leisten, was die Nationalstaaten gegen Ende des 19. und bis weit über die Mitte des 20. Jahrhunderts hinaus, in einem mühsamen Prozess lernen mussten: Ohne einen verlässlichen, mit Sanktionen versehenen und politisch verantworteten Ordnungsrahmen, ohne Sozialpflichtigkeit des Eigentums, ist der kapitalistische Markt nicht nur ökonomisch labil, sondern sprengt am Ende alle Strukturen der kulturellen und der gesellschaftlichen Ordnung. Die Favellas am Rande der Großstädte, wie etwa bei Rio de Janeiro, sind ein schönes, für die Betroffenen grausames, von außen oft romantisch verklärtes Experimentierfeld dafür, was ein Markt ohne Staat, ohne politisch verantworteten Ordnungsrahmen, hervorbringt: Am Ende ist die gesamte Gewalt privatisiert, die Schwächeren leben in vollkommener persönlicher

erschieden unter dem Titel „Der Markt braucht Regeln“ in: Süddeutsche Zeitung, 22.10.2008.

Abhängigkeit, die ethischen Fundamente der Kooperation sind erodiert, das Misstrauen und die Angst sind die beiden dominierenden Handlungsimpulse.

Die Maßnahmen, die die Bundesrepublik Deutschland und andere westliche Industrienationen beschlossen haben, bekämpfen eine sich in Windeseile ausbreitende Misstrauenskultur in der Finanzwirtschaft. Sie wollen Vertrauen wieder herstellen, indem sie Garantien geben, die den Steuerzahler am Ende viel kosten werden. Diese Strategie ist ohne Alternative. Ihre normative Stoßrichtung liegt auf der Hand. Regeln etablieren, deren Überschreitung staatlich sanktioniert ist, die statt Misstrauen und Angst, Vertrauen und Stabilität schaffen. Der Staat darf sich dieser Aufgabe nicht erneut entledigen, er darf den Sirenenklängen des Marktfundamentalismus nicht erneut erliegen.